



Die Vorsitzende des
Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung,
Digitalisierung und Gesundheit
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-Mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3314
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Morbe

Wiesbaden, 12.10.2023

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

**zur öffentlichen Sitzung des Ausschusses
für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit
am Dienstag, 17. Oktober 2023, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden**

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung

1. **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 19.09.2023**
2. **23-A-83-0008**

Information der Stadt Frankfurt über die Erfahrungen aus dem Projekt „Nachhaltiges
Gewerbegebiet“ in Fechenheim Nord und Seckbach

2.1 22-F-69-0050

ANLAGE

Mehr Gewerbeflächen für Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 14.09.2022 -
- Beschluss Nr. 0125 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 20.09.2022 -

2.2 22-F-63-0117

ANLAGE

Profil des Wirtschaftsstandorts schärfen, Ansiedlung strategisch steuern

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE. und Volt vom 02.11.2022 -
- Bericht des Dezernates IV vom 25.04.2023 -

Bereich Digitalisierung

3. 23-F-63-0102

Vorhandene Strom- und Glasfaser-Infrastruktur an Videoüberwachungsanlagen für den WLAN-Ausbau nutzen

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die LINKE und Volt vom 11.10.2023 -

In Wiesbaden gibt es mittlerweile an zentralen Plätzen Videoüberwachungsanlagen. Damit es zu einer Übertragung der Videodaten kommen kann, sind die Anlagen ans Strom- und Glasfasernetz angeschlossen. Diese bereits vorhandene Infrastruktur könnte also zusätzlich genutzt werden, um an strategisch sinnvollen Standorten zu vergleichbar geringen Kosten WLAN-Hotspots zu installieren. So können Lücken geschlossen und der Ausbau eines flächendeckenden, städtischen WLAN-Netzes weiter vorangebracht werden. Des Weiteren sind perspektivisch auch Überlegungen hinsichtlich der Installation geplanter Sensortechnik möglich.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) Gespräche mit dem Betreiber der Videoüberwachungsanlagen aufzunehmen und dabei zu klären:
 - a) Welche der für sinnvoll erachteten Anlagen für die Erweiterung für städtische WLAN-Hotspots zur Verfügung stehen würden, um Lücken zu schließen?
 - b) Welcher Aufwand (technisch sowie zeitlich) und welche Kosten der LHW für die Ergänzung um WLAN-Module (und ggfs. andere Erweiterungen) in den Videoanlagen entstünden?
 - c) Ob die WLAN-Module auch nach einem eventuellen Rückbau der Videoüberwachungsanlagen weiter betrieben werden könnten?
- 2) Dem Ausschuss über die Ergebnisse aus dem Gespräch zu berichten und dabei eine Einschätzung zur Machbarkeit abzugeben, damit, wenn möglich, zeitnah mit einer Umsetzung begonnen werden kann.

4. 22-A-83-0003

Aktuelles aus dem Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung

Bereich Wirtschaft/Beschäftigung

5. 23-F-69-0073

Wohnheim für Auszubildende

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 11.10.2023 -

Besonders für junge Menschen wird es immer schwieriger, während ihrer Ausbildungszeit bezahlbaren Wohnraum zu finden. Wohnheime für Auszubildende wie in Frankfurt und Mainz könnten Abhilfe schaffen und gleichzeitig Unterstützung sowie sozialpädagogische Begleitung bieten.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten, wie viele Auszubildende aktuell (Stand August 2023) in Wiesbadener Betrieben arbeiten.
2. zu evaluieren und zu berichten, ob es grundsätzlich in Wiesbaden einen Bedarf an einem Wohnheim für Auszubildende gibt.
3. zu berichten, ob es bereits Planungen und Gespräche zur Umsetzung eines Wohnheims in Wiesbaden für Auszubildende gibt. Falls ja, wer bisher in die Planungen und Gespräche involviert ist und worauf die Gespräche inhaltlich abzielen?
4. zu berichten, ob die Wohnheime für Studierende in Wiesbaden ausgelastet sind. Falls nicht, ob eine Möglichkeit besteht, Auszubildende in diesen Wohnheimen unterzubringen,
5. mit Wohnungsbaugesellschaften in Kontakt zu treten und anzuregen, dass Auszubildende im Rahmen der sozialen Durchmischung von Wohnraum am Beispiel von Taunusstein mit einem gewissen Prozentsatz an Wohnungen bevorzugt berücksichtigt werden sollten.
6. Kontakt mit der Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH (SEG) aufzunehmen und zu evaluieren, ob Teile der erworbenen Liegenschaft Lessingstraße 16-18 auch als Wohnheim für Auszubildende genutzt werden könnten.
7. zu berichten, ob in Wiesbaden noch leerstehende Gebäude der Stadt oder der SEG zur Verfügung stehen, die als Wohnheim für Auszubildende umgebaut werden könnten.

6. 23-F-69-0078

Schlemmerwüste statt Schlemmermarkt - Situation des gastronomischen Angebots auf dem Wochenmarkt

- Antrag der Fraktionen FDP, CDU und BLW/ULW/BIG vom 10.10.2023 -

Ursprünglich sollte der Schlemmermarkt ein attraktives gastronomisches Angebot darstellen, das zum Besuch des Wochenmarktes und zum längeren Verweilen einlädt. In den letzten Wochen und Monaten ist jedoch eine zunehmende Ausdünnung des Angebots zu beobachten.

Teilweise war neben dem Metzgerstand nur noch ein Kaffeewagen vorhanden. Damit bleibt der Schlemmermarkt nicht nur hinter den Versprechungen des Magistrats zurück, das Angebot fällt sogar hinter die Jahre vor Einführung des Schlemmermarktes zurück.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten,

- 1) wieso sich in den vergangenen Monaten das Angebot des Schlemmermarktes immer stärker ausgedünnt hat.
- 2) ob Beschicker des Schlemmermarktes ihre Standplätze zurückgegeben haben.
- 3) ob eine Verpflichtung der Beschicker zur dauerhaften Teilnahme am Markt besteht und wenn ja, wie diese durchgesetzt wird.
- 4) wie der Magistrat die Durchführung des Schlemmermarktes in seiner ursprünglichen Konzeption sicherstellen will.

7. 23-F-15-0024

Umzug des SVR

- Antrag der Fraktion Freie Wähler/Pro Auto vom 11.10.2023 -

Nach Presseinformationen beabsichtigt der Sachverständigenrat Wirtschaft (SVR), der zurzeit beim Statistischen Bundesamt angesiedelt ist, seinen Standort in Wiesbaden aufzugeben und nach Berlin umzuziehen.

Damit könnte seine Unabhängigkeit von der Politik verloren gehen, auf die seit seiner Gründung 1963 sehr viel Wert gelegt wird. Das Vorhaben ist also sehr kritisch zu beurteilen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. ob ihm näher bekannt ist, dass es diese obengenannten Überlegungen zum Umzug gibt,
2. ob er das Vorhaben ebenso kritisch sieht und
3. ob er sich in die Überlegungen des SVR schon eingeschaltet hat mit dem Ziel, ihn in Wiesbaden zu halten.

8. 23-F-69-0074

Die Stadtretter

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 11.10.2023 -

Seit der Corona-Pandemie stehen die Innenstädte vor massiven Herausforderungen, und der dortige Einzelhandel kämpft um seine Existenz. Der Onlinehandel ist durch die Pandemie zur Normalität geworden, die Innenstädte sterben immer weiter aus. Aus diesem Grund hat sich während der Pandemie in Hanau die Initiative „Die Stadtretter GmbH“ gegründet - Ein bundesweiter Zusammenschluss aus 1300 Kommunen, Verbänden und Unternehmen, die Lösungen zur Stärkung der Innenstädte entwickeln und sich für die Rettung des Einzelhandels auf kommunaler Ebene einsetzen.

Die Stadtretter verfügen über kollektive Expertise, breites Know-How und enormes Wissen über Best-Practice-Beispiele aus ganz Deutschland in Bezug auf Probleme und Lösungen der Pandemie für Innenstädte.

Die Stadtretter könnten eine gute Möglichkeit und Unterstützung sein, die Innenstadt in Wiesbaden zu stärken und den Einzelhandel zu retten und wiederzubeleben.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

1. Die Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit wird gebeten, die Stadtretter in den kommen Ausschuss einzuladen und ihnen die Möglichkeit zu geben, die Initiative und ihre Projekte zu präsentieren.
2. Der Magistrat wird gebeten,
 - a. Kontakt zu den Initiatoren der Stadtretter aufzunehmen, Gespräche zu führen und sich über die Initiative zu informieren.
 - b. zu prüfen und zu evaluieren, ob ein Anschluss an die Initiative und die Austauschplattform „Die Stadtretter“ für Wiesbaden in Frage kommt.

9. Aktueller Sachstand zu offenen Beschlüssen

9.1 22-F-63-0113

ANLAGE

Standortkonzept „Die zukunftsfähige Berufsschule“

- Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE. und Volt vom 02.11.2022 -
- Beschluss Nr. 124 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 19.09.2023 -

9.2 22-F-63-0132

ANLAGE

Gebühr für Warenauslagen zukunftstauglicher machen

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die LINKE. und Volt vom 06.12.2022 -
- Beschluss Nr. 125 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 19.09.2023 -

10. 21-A-83-0002

Aktuelles aus dem Fachbereich Wirtschaftsförderung

Bereich Allgemeines:

11. Verschiedenes

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Susanne Hoffmann-Fessner
Vorsitzende